politiCAL!

Ausgabe 3 I Dezember 2023

CDU Fraktion Niedersachsen

Christian Calderon

Newsletter aus unserem Bundesland, unseren Landkreisen und unseren Städten und Gemeinden

Editorial

VEREHRTE LESERIN,
VEREHRTER LESER!

Es sind verstörende Bilder, die von deutschen Straßen in diesem Herbst des Jahres 2023 ausgehen. Ein pöbelnder Mob aus insbesondere arabischen und türkischen Menschen demonstiert lautstark gegen Israel, stellt das Existenzrecht des Staates Israel in Frage, wendet sich gegen jüdisches Leben in Deutschland und weltweit, markiert Wohnungen jüdischer Mitbürger.

Diese Bilder gab es schon einmal auf deutschen Straßen.

Und durch diese Bilder tritt an die Öffentlichkeit, was ich seit Jahren im Niedersächsischen Landtag schon betone: Antisemitismus ist keine Frage rechter Einstellungen. Antisemitismus gibt es auch und insbesondere in linken politischen Kreisen - die so genannten Klimabewegungen zeigen das in ihren Stellungnahmen erschreckend. Und Antisemitismus ist weit verbreitet in islamischen Zuwanderungsgesellschaften, die diesen Antiisraelismus und Antisemitismus in ihrem kulturellen Gepäck nach Deutschland bringen. Studien auch der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigen, das Antisemitismus in islamischen Communities weiter verbreitet ist, als in anderen gesellschaftlichen Gruppen. Dies ist nicht tolerierbar. Und dies bedeutet für mich, dass hier nicht mit ein bisschen Bildung und Sozialarbeit ein bisschen Aktionismus getrieben wird, sondern dass politisch endlich unter anderem über die Begrenzung der Migration, die deutliche Erhöhung der Abschiebungen und eine restriktiveren Handhabung bei den Einbürgerungen entschieden werden muss.

Auch hier zeigt sich, dass die linksideologisch geprägte Naivität in den politischen Debatten der letzten Jahre, vielleicht Jahrzehnten endlich beendet werden muss: Zuwanderung in einem Umfang, den Deutschland seit Jahren erlebt, ist gesellschaftlich nicht verkraftbar und verursacht gesellschaftliche Verwerfungen großen Ausmaßes. Der weltweite deutsche Alleingang in der Energiepolitik ist eben nicht erfolgreich - Deutschland emittiert mehr CO2, ist weiter entfernt von den so genannten Klimazielen, hat überteure Energiepreise. Eine ideologisch geführte Wirtschaftspolitik mit überbordendem Bürokratie- und Auflagenzuwachs führt die deutsche Wirtschaft eben nicht in eine gute Zukunft - im Gegenteil schrumpft die deutsche Wirtschaft als einzige nationale Wirtschaft westlicher Nationen in diesem Jahr. Aufwendige Verfahrensordnungen bringen Infrastrukturprojekte aber auch die Arbeit von Justiz und Polizei an ihre Grenzen - nicht ohne Grund funktioniert der Infrastrukturausbau im Bereich Digitalisierung, Schienenausbau und Autobahnbau seit Jahrzehnten nicht nur schlecht, sondern faktisch nicht. Und nicht ohne Grund steigen Verfahrensdauern in der Justiz und sinkt die Durchsetzungsfähigkeit der Polizei im Alltag. Immer mehr soziale Transferleistungen auf weltweitem Spitzenniveau führen eben nicht zu mehr sozialem Frieden oder mehr Integration, sondern wecken Begehrlichkeiten und Trägheit.

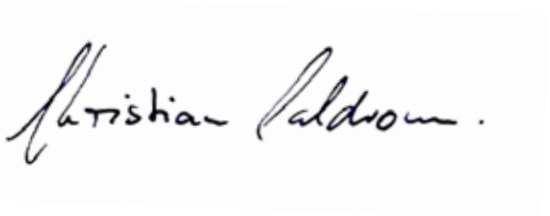
Das gesellschaftlich, wirtschaftlich und sozial erfolgreiche Deutschland der Nachkriegszeit befindet sich am Scheideweg: Schreiben wir die „deutschen Tugenden“, die uns in den letzten Jahrzehnten gestärkt haben, in unsere Zeit fort oder führen wir weiter linksideologisch geprägte Debatten über einzelne Politikfelder, die zunehmend scheitern.

Die Weihnachtszeit ist vielleicht ein guter Anlass, darüber vertieft nachzudenken und dann mit neuem Kompass in das neue Jahr 2024 zu starten.

In dem Sinne wünsche ich Ihnen - bei allen Herausforderungen und Fragen unserer Zeit - eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2024!

Herzliche Grüße

Ihr



Christian Calderone

Calderone: Landesregierung setzt im Bereich Strafverfolgung die falschen Prioritäten

„Von den vollmundigen Versprechungen der Justizministerin, deutlich mehr Stellen im Bereich der Justiz zu schaffen, bleibt im aktuellen Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung nicht mehr viel übrig. Vor allem im Strafvollzug wird die Arbeitsbelastung deutlich steigen. Aktuell warten 68.000 offene Ermittlungsverfahren auf die Bearbeitung. Dies geht voll zulasten der im Strafvollzug tätigen Bediensteten", so der justizpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Christian Calderone.

"Außerdem setzt der Haushaltsentwurf der Landesregierung die falschen Schwerpunkte. Die Kürzungen bei der Antisemitismusprävention von 350.000 € auf 150.000 €, beim Täter-Opfer-Ausgleich von 400.000 € auf 150.000 € und bei der Straffälligenhilfe von 2,15 Mio. € auf nun magere 550.000 € sind nicht hinnehmbar. Auch fehlen die Mittel für den dringend notwendigen Bau des Hochsicherheitsgebäudes beim Oberlandesgericht Celle zur Durchführung von Strafverfahren im Bereich Terrorismus und Bandenkriminalität", so Calderone weiter.

"Zur Bekämpfung der um sich greifenden Clankriminalität müssen die von der Vorgängerministerin auf den Weg gebrachten Maßnahmen fortgeführt und ausgebaut werden. Die eingerichteten Schwerpunktstaatsanwaltschaften brauchen dringend mehr Personal und die Sicherheitspartnerschaften müssen landesweit eingerichtet werden. Nur durch ein koordiniertes Vorgehen aller Behörden können wir den Clankriminellen das Handwerk legen.

Beim Thema Cyberkriminalität müssen wir zudem die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und endlich die Vorratsdatenspeicherung auf den Weg bringen, insbesondere wenn es um die Verfolgung der Verbreitung von Kinderpornografie im Internet geht. Hier blockieren die Grünen auf allen Ebenen, im Land und im Bund, obwohl der EuGH grünes Licht für eine verfassungskonforme gesetzliche Regelung gegeben hat. Unsere Fraktion hat dazu eine klare Haltung. Daher haben wir einen Entschließungsantrag schon im Dezember 2022 vorgelegt. Jedoch verweigern sich die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung, über diesen Antrag zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen ernsthaft zu diskutieren", so Calderone abschließend.

Foto: Christiane Lang

Meine Rede zu TOP 19 „Jüdisches Leben in Niedersachsen schützen – Antisemitismus konsequent vorbeugen und bekämpfen!“ im November-Plenum

-Es gilt das gesprochene Wort-

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren,

in Berlin gab es einen Brandanschlag auf eine Synagoge, Türen von Wohnungen jüdischer Mitbürger wurden mit dem Davidsstern kenntlich gemacht, jüdische Symbole wurden entwendet, verbrannt und bespuckt, auf Demonstrationen wurden antijüdische Plakate und Fahnen gezeigt, aggressive Sprechchöre forderten die Vernichtung der Juden, in ersten Geschäften hingen Schilder, nach denen Juden dort unerwünscht sind.

Meine Damen und Herren, das ist der 09. November. Der 09. November 2023 in Deutschland. Die Vorfälle ähneln sich zu jenen des 09. November 1938. Es passiert aktuell wieder. Auf deutschen Straßen. Nach 85 Jahren!

Und angesichts dieser Vorfälle fällt die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit doch sehr dezent aus. Nachdem über Jahrzehnte in salbungsvollen Sonntagsreden, anlässlich der Niederlegung zigtausender Kränze, bei Staatsempfängen und Gedenktagen, in Schulen, Parlamenten und auf Veranstaltungen das „Nie wieder!“ in immer deutlicheren Worten beschworen wurde, steht die deutsche Öffentlichkeit angesichts dieser Bilder des Mobs auf deutschen Straßen doch etwas zaghaft am Straßenrand. Ja, es gab nach einigen Tagen einige Reden deutscher Spitzenpolitiker, von denen niemand erwartet, dass sie dem Gesagten auch wirklich Konsequenzen folgen lassen werden.

Aber angesichts der Drastizität dieser Bilder im Land des Holocaust und vor dem Hintergrund einer doch versucht ausgeprägten sogenannten Erinnerungskultur – für die wir uns übrigens in den letzten Jahrzehnten als Deutsche weltweit immer selber gelobt haben, und etwas verächtlich geblickt haben auf andere europäische Staaten, auf Kollaborateure und europäische Mittäter – angesichts der Drastizität der aktuellen Bilder fehlt mir eine umfassende Reaktion der Öffentlichkeit – ein Kniefall des Bundespräsidenten vor der jüdischen Synagoge in Berlin, ein Generalstreik der Gewerkschaften, das ökumenische Läuten der Kirchenglocken, wochenlange Mahnwachen vor jüdischen Einrichtungen, Sitzblockaden, das Beklatschen jüdischer Kinder, die sich wieder trauen, in jüdischen Schulen zur Schule zu gehen, Menschenketten, der Aufschrei der kulturellen Intelligenz.

All jene Symbolik also, die die Deutschen in den letzten Jahrzehnten doch immer weiter perfektioniert haben. Zumindest dann, wenn es gesellschaftlich zunächst nichts kostet. Noch nicht einmal zu dieser Symbolik sind wir aktuell in der Lage.

Meine Damen und Herren, das „Nie wieder“ der deutschen Sonntagsreden erweist sich aktuell als ziemlich leere Hülle. Denn „Nie wieder“ ist nicht heute. „Nie wieder“ war bereits gestern.

Heute sind wir bereits einen Schritt darüber hinaus – jüdische Einrichtungen sind geschlossen, jüdische Gemeinden raten ihren Mitgliedern auf das Tragen der Kippa und auf das Sprechen von Hebräisch in der Öffentlichkeit zu verzichten, jüdische Veranstaltungen werden abgesagt, jüdische Familien überlegen, das Land zu verlassen. In Berlin entfernen Polizisten die Plakate der durch die Hamas verschleppten Israelis aus der Öffentlichkeit, um eben jene neue Öffentlichkeit in Deutschland zu beruhigen. Deutsche Polizisten entfernen Plakate jüdischer Opfer des arabischen Terrors.

Dämmerts uns so langsam? Merken wir etwas? Nein, die deutsche Öffentlichkeit steht immer noch ziemlich sprachlos am Straßenrand. Ich kann das sogar nachvollziehen – es zerbricht gerade jener Traum der linken Meinungsbildner aus Kirchen, Medien, Politik, Kultur, Bildung, Gewerkschaften und NGOs, nachdem die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse der letzten Jahrzehnte unproblematisch und nur bereichernd zu bewältigen sind.

Das Erwachen ist schmerzhaft. Übrigens nicht für Kirchen, Medien, Politik, Kultur, Bildung, Gewerkschaften und NGOs – die sitzen immer noch warm und trocken, formulieren an ihren Sonntagsreden – jetzt mit etwas mehr sprachlicher Betroffenheit – und bestellen neue Kränze – jetzt etwas größere. Das Erwachen ist schmerzhaft für die jüdische Gemeinschaft in unserem Land, die sich wieder verstecken muss.

Der Grund ist offener Antisemitismus, in einer Offenheit und einem Ausmaß, bei denen die deutschen Behörden bereits aktuell überfordert sind. Und dieser offene Antisemitismus ist islamisch. Er ist importiert im kulturellen Gepäck der islamischen Migration nach Deutschland der letzten Jahrzehnte. Und er ist kein Phänomen in Deutschland – wie erleben diesen islamischen Antisemitismus überall dort, wo es in Europa signifikante muslimische Minderheiten gibt – in Frankreich, in Belgien, in den Niederlanden, in Österreich, in anderen Ländern.

Und dieser islamische Antisemitismus wird unterstützt – durch die Freitagspredigten in den durch die Türkei finanzierten DITIB-Moscheen, durch zaghafte oder ausbleibende Reaktionen muslimischer Verbände auf den Terror der Hamas gegen Israel. Und dieser islamische Antisemitismus wird damit übrigens auch durch jene insbesondere linken politischen Kräfte unterstützt, die sich in den letzten Jahrzehnten in geradezu devoter Weise an diese islamischen Verbände wie DITIB oder den selbst ernannten „Zentralrat der Muslime“ angenähert haben – und übrigens damit den Dialog mit den säkularen Muslimen vernachlässigt haben, der geboten gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, ich sage natürlich nicht, dass alle Muslime Antisemiten sind. Bei weitem nicht! Ich möchte insbesondere die hervorragenden Reaktionen der Exil-Iraner auch hier in Niedersachsen hervorheben, die sich schnell und deutlich gegen den Terror der Hamas gestellt haben.

Aber ich sage, dass die deutsche Öffentlichkeit und Politik und alle Menschen guten Willens mit und ohne Migrationshintergrund, mit oder ohne Religion aufwache müssen aus ihrer Naivität.
Und dazu gehört insbesondere:

1. die Realität zu erkennen, dass Antisemitismus eben kein rechtes Phänomen ist, sondern in linken Kreisen – etwa über die vermeintliche, aber natürlich hier gänzlich fehlinterpretierten Fragen des Antikolonialismus – ebenso vorkommt, wie insbesondere in Zuwanderungsgesellschaften;

2. die Realität zu erkennen, dass nach diversen Studien – wir haben jene der Konrad-Adenauer-Stiftung zitiert – Antisemitismus in islamischen Zuwanderungsgesellschaften, deutlich weiter verbreitet ist als in anderen Zuwanderungsgesellschaften oder der deutschen Gesellschaft. Wer das verkennt, wird der Situation und damit insbesondere der Situation der jüdischen Betroffenen nicht gerecht.

Wir loben die Landesregierung dafür, bildungspolitisch bei der Bekämpfung des Antisemitismus recht schnell angesichts der Vorfälle auf deutschen Straßen einige Akzente gesetzt zu haben. Das kann man machen, aber auch nur mit der Erkenntnis, dass das, was Zuwanderer aus islamischen Gesellschaften mitunter als kulturelles Gepäck mitbringen, natürlich schwerlich oder nicht durch deutsche Schulen und Sozialarbeiter verändert werden kann.

Hingegen müssen wir u.a.

– endlich überprüfen, wer in unser Land mit welchem Hintergrund kommt;

– das Staatsbürgerrecht verschärfen und nicht lockern;

– uns politisch endlich mit der Frage des Entzuges der Staatsbürgerschaft bei aller grundgesetzlichen Problematik befassen

– in 15 EU-Ländern ist das möglich und dort ist auch nicht das Ende der Rechtsstaatlichkeit erreicht;

– in den Dialog treten mit den säkularen muslimischen Vertretern und diese in der islamischen Community stärken;

– die Finanzierung islamischer Strukturen aus dem Ausland unterbinden;

– antisemitische und radikale Bewegungen in der islamischen Community verschärfte beobachten;

– Rechtsgrundlagen für das Verbot antisemitischer Versammlungen schaffen und durchsetzen;

– die Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Organisationen, die antisemitische und israelfeindliche Positionen vertreten, sofort beenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Zustand erreicht, in dem ich mich ernsthaft Sorge, dass der Mob der Straße des Jahres 2023 in der Lage ist das zu beenden, was der Mob der Straße 1938 begonnen hat – die komplette Vertreibung jüdischen Lebens aus Deutschland.

Nicht durch eine staatlicherseits offen unterstützte Agitation mit all jenen bis dato undenkbaren Taten der Nationalsozialisten, sondern aufgrund fehlender Agitation, aufgrund mangelnder durchgreifender, politisch zu abgewogener Reaktionen der Öffentlichkeit, zu viel sog. politischer Korrektheit oder Angst.

Jetzt ist nicht die Zeit für ein „Ja, aber…“, jetzt ist die Zeit für ein „Nein“, für ein „So nicht“, für ein „Nicht hier“ und für ein „Nicht mit uns“.

Foto: Tobias Koch

Hinter den Landtags-Kulissen – Glasfaser-Millionen für den Landkreis Osnabrück: Entscheidung fiel nach Mitternacht

Osnabrück I Pressebericht der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 20. November 2023, Autor Marcus Alwes

Der Blick hinter die Parlamentskulissen in Hannover macht deutlich: Der Förderzusage des Landes Niedersachsen für das Glasfaser-Projekt „Graue Flecken“ im Osnabrücker Land ist ein monatelanger Gesprächs- und Verhandlungsmarathon vorausgegangen. Am Ende überschlugen sich die Ereignisse sogar.

Rund 28 Millionen Euro werden im Jahr 2024 in einem ersten Schritt aus der Landeskasse bereitgestellt, um für mehrere Tausend Adressen im Kreis Osnabrück den Ausbau des schnellen Internets zu ermöglichen. Es ist eine Gemeinschaftsfinanzierung zusammen mit dem Bund (56 Mio. Euro) und den Kommunen der Hase-Region (28 Mio. Euro). Doch hinter der Beteiligung des Landes am Vorhaben mit dem Arbeitstitel „Grauen Flecken“ stand lange Zeit ein Fragezeichen.

Denn zunächst war im Haushaltsentwurf der Regierung kein Geld für dieses Teilprojekt eingeplant. Im Sommer 2023 rollte deshalb eine erste Protestwelle der Oppositionsparteien, der Osnabrücker Landrätin und zahlreicher Bürgermeister auch auf die regionalen Landtagsabgeordneten von Rot und Grün zu – auf den Sozialdemokraten Guido Pott (Wallenhorst) sowie die Grünen Volker Bajus und Anne Kura (beide Osnabrück).

„Ich wurde mitten im Urlaub erwischt“, erinnert sich beispielsweise Bajus an die Anfänge der Debatte, „die Landrätin war am Telefon …“. Besagte Chefin der Kreisverwaltung ist Anna Kebschull, auch sie gehört den Grünen an. Der Druck auf Bajus und Kura wuchs schließlich von Tag zu Tag. Ähnliche Erlebnisse schildert Guido Pott. Immer wieder flatterten auch bei ihm Protestnoten ins Haus, kritische Telefonanrufe häuften sich. Es war Juli.

Zahlreiche Gespräche der Parlamentarier zum Breitband-Ausbau mit ihren jeweiligen Parteifreunden in der Landesregierung folgten. Woche für Woche. Ebenso Unterredungen mit Ministerialbeamten und allerlei Abgeordnetenkollegen in den regierungstragenden Landtagsfraktionen. Viele davon verliefen eher geräuschlos.

Eine Art stille Diplomatie setzte bei Rot und Grün ein, während die Oppositionsparteien – ihrer Rolle und Aufgabe im Parlament entsprechend – lautstark Kritik übten. „Wir brauchen mehr Druck auf die Landesregierung“, rief beispielsweise Christian Calderone (Quakenbrück) Anfang Oktober für die CDU aus. Unter anderem die Union nutzte jede Gelegenheit, die „Grauen Flecken“ öffentlich zu thematisieren.

Pott und Bajus waren unterdessen dabei, als die Bürgermeister des Landkreises Osnabrück um Tobias Avermann (Bad Laer) und Landrätin Kebschull im September in Hannover auf den für die Digitalisierung zuständigen Wirtschaftsminister Olaf Lies trafen. Ein Gruppenauftritt der Verwaltungsleiter, der offenbar Wirkung zeigte und die Bemühungen der regionalen Abgeordneten unterstützte. Die Bedeutung eines lückenlosen Glasfaserausbaus für die Bürger und die Wirtschaft im Raum Osnabrück wurde während der Unterredung mit Lies noch einmal unterstrichen.

„Alle wollten dasselbe, aber wie organisieren wir das?“ Das sei über Parteigrenzen hinweg die zentrale Frage nach dem wichtigen Treffen am Landtag gewesen, erinnert sich einer der Teilnehmer. „Wie können wir doch noch das Geld auftreiben?“ Spätestens bis Mitte November, wenn die Fraktionen von SPD und Grünen in Klausurtagungen final über den Haushalt 2024 beraten würden, müsse eine Lösung her, stellte nicht nur Guido Pott damals fest.

Das Sammeln der notwendigen Gelder – eines hohen zweistelligen Millionenbetrages – gelang schließlich. Alle noch nicht ausgeschöpften Finanz- und Fördertöpfe des Landes wurden gezielt umgedreht, schilderten die Parlamentarier später. Jeder Euro zählte.

In den letzten Tagen vor der Entscheidung nahm offenbar auch die Zahl der Spitzengespräche zum Glasfaserausbau noch einmal zu. Nach Darstellungen von Abgeordneten steckten zunächst die beiden Kabinettsmitglieder Lies und Gerald Heere (Finanzen) die Köpfe zusammen. Unmittelbar im Anschluss daran sei die Angelegenheit sogar in der niedersächsischen Staatskanzlei auf dem Schreibtisch von Ministerpräsident Stephan Weil gelandet, um dann zu den Fraktionsvorsitzenden Grant Hendrik Tonne (SPD) sowie Anne Kura und Detlev Schulz-Hendel (Grüne) zu wandern.

Das politische Spitzenpersonal des Regierungslagers wurde auf der Zielgeraden komplett involviert. Die Verhandlungskommissionen beider Fraktionen für den Haushalt tagten schließlich von Montag auf Dienstag in Adendorf im Kreis Lüneburg – bis nach Mitternacht. Es war der frühe Morgen des 14. November 2023, als endgültig der Durchbruch verkündet werden konnte. Auch das Millionen-Paket zum weiteren Glasfaserausbau stand. Die entsprechenden Pressemitteilungen wurden verschickt.

„Wir nehmen weiterhin die grauen Flecken der Digitalisierung auf der Landkarte in den Blick“, wird Anne Kura darin zitiert. „Die vom Landtag bereitgestellten finanziellen Mittel werden die ländlichen Räume stärken“, so Volker Bajus ergänzend.

Guido Pott hielt in seiner Erklärung fest, dass es „nach vielen konstruktiven Gesprächen“ in den letzten Wochen mit „einem enormen finanziellen Kraftakt“ gelungen sei, die Breitbandförderung im vollen Umfang fortsetzen zu können.

Ein monatelanges Tauziehen ging damit zu Ende.

Foto: Tobias Koch

Klinikkonzern darf Standort nicht weiter schwächen – MdL Calderone betrachtet die Entwicklung am MHA mit Sorge

Mit großer Sorge betrachtet der Landtagsabgeordnete Christian Calderone MdL die wirtschaftliche Situation des Krankenhauskonzerns Niels-Stensen-Kliniken (NSK), die auch auf den Standort Ankum durchschlägt. Calderone: „Unbesehen der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für alle Krankenhäuser durch Untätigkeit der Bundespolitik hat NSK die Pflicht, das Marienhospital Ankum-Bersenbrück nicht weiter zu schwächen, sondern endlich zu stärken!“

Ausweislich des aus dem Kreishaus geleakten Schreibens, prognostiziere NSK selber ein Defizit am Standort Ankum in einer Höhe, die 2022 zu der Entscheidung geführt habe, das Krankenhaus zu schließen. „Durch die unsinnige Schließung ist also augenscheinlich wirtschaftlich für NSK nichts gewonnen, nur für die Bürgerinnen und Bürger der Region in der medizinischen Versorgung viel verloren.“

Jetzt habe „Niels-Stensen“ noch mehr als zuvor die dringende Pflicht, die Konzernversprechen gegenüber der Bevölkerung einzulösen, zumindest ein leistungsfähiges ambulantes Gesundheitszentrum in Ankum zu etablieren. Die Erfüllung dieser Zusage habe der Konzern bisher nicht geleistet. „Auch um Vertrauen in der Bevölkerung als kirchliche Einrichtung wiederzugewinnen, muss Niels-Stensen in Ankum jetzt endlich Gas geben, um einen signifikanten Beitrag zur medizinischen Versorgung der Region zu erbringen.“ Jetzt und damit nach Schließung des Krankenhauses in Ankum Geldleistungen des Landkreises zu fordern, komme ein Jahr zu spät.

Bereits die Ausstattung des durch NSK betriebenen Notarztstandortes Ankum sei in den vergangenen Monaten höchstproblematisch: Im Mai lagen die Abmeldezahlen bei 129 Stunden, im Juni war 93 Stunden kein Notarzt verfügbar. Im Juli und August sah es mit 3 beziehungsweise 11 Stunden zwar besser aus. Im Vergleich zu anderen Notarztstandorten im Landkreis Osnabrück schneide der Standort Ankum damit sehr schlecht ab. „Von Januar bis Juli war in Ankum 242 Stunden kein Notarzt verfügbar, also etwa zehn volle Tage“, erläutert der Landtagsabgeordnete.

„Die aktuelle Situation ist nach der Schließung des Marienhospitals Ankum-Bersenbrück ein weiterer medizinischer Schlag ins Gesicht der Bevölkerung des Altkreises Bersenbrück.“

Foto: Tobias Koch

Facebook, Instagram & Co.

christian.calderone.mdl Gratulation an sechst christliche Schulen aus der Grafschaft Bentheim, dem Landkreis Emsland und der Stadt Osnabrück für die Verleihung des Gütesiegels „Zusammen gegen Antisemitismus"!

Es war mir ein besonderes Anliegen, gerade in der heutigen Zeit bei der Verleihung in der Synagoge der jüdischen Gemeinde Osnabrück dabei zu sein!

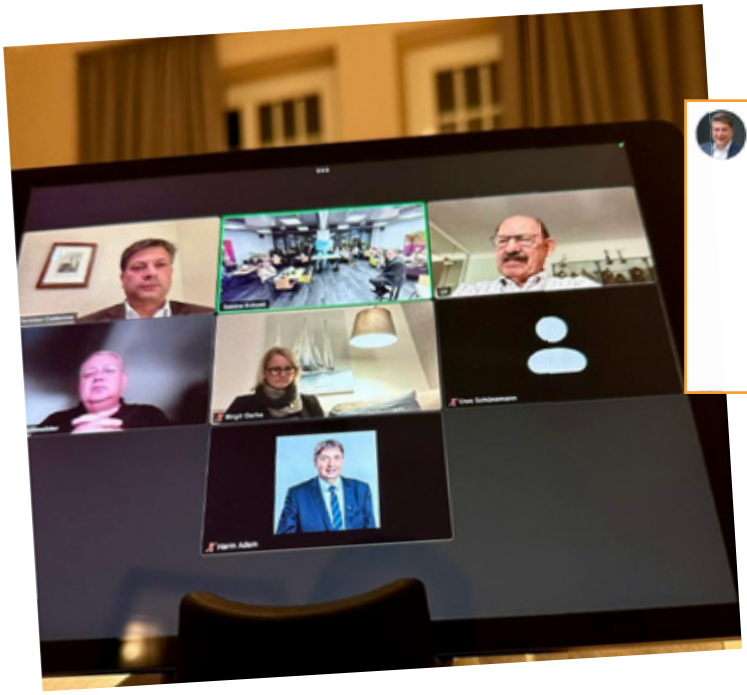
christian.calderone.mdl Wie ist der Planungs- und Genehmigungsstand der geplanten Höchstspannungsleitung CCM durch den nördlichen Landkreis Osnabrück?

In einem von mir organisierten Termin bei der Genehmigungsbehörde konnte die Bürgerinitiative Gegenstromleitung Ankum die örtlichen Betroffenheiten und Argumente noch einmal vortragen.

christian.calderone.mdl Weiter geht's mit den Besuchen der 80 niedersächsischen Amtsgerichte: Dieses Mal mit dem Kollegen Christoph Plett im Amtsgericht Wolfenbüttel!

Gute bauliche Zustände, Zuversicht hinsichtlich der Personalschulung zur Einführung der elektronischen Rechtsakte, aber große Sorgen bei der Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im mittleren Dienst.

Facebook, Instagram & Co.



christian.calderone.mdl Sehr gerne bin ich einer Einladung meines geschätzten Kollegen Uwe Schünemann zu einem digitalen Stammtisch zum Thema Antisemitismus in Deutschland gefolgt!

Tatsächlich müssen wir in wesentlichen Bereichen umsteuern, unter anderem im Staatsbürgerschaftsrecht oder hinsichtlich der Ergänzung des Strafgesetzbuches, nachdem die Leugnung des Existenzrechts Israels ein Tatbestand der Volksverhetzung werden muss.

christian.calderone.mdl Die „Justizvollzugsanstalt für Frauen Vechta" hat eine neue Leitung: Amtsübergabe in der Klosterkirche Vechta von Oliver Wessels an Dr. Katharina Tebben!

Ich freue mich auf eine gute Fortsetzung der exzellenten Zusammenarbeit und danke Oliver Wessels für viele gute Gespräche über den niedersächsischen Justizvollzug in den letzten Jahren.

christian.calderone.mdl Besucher bereichern das Parlamentsleben!

Habe mich über die Visite aus dem Landkreis Osnabrück gefreut!

Facebook, Instagram & Co.

christian.calderone.mdl Das „Nie wieder" der deutschen Sonntagsreden erweist sich aktuell als ziemlich leere Hülle. Denn „Nie wieder" ist nicht jetzt. „Nie wieder" war bereits gestern.

Heute sind wir bereits einen Schritt darüber hinaus - jüdische Einrichtungen sind geschlossen, jüdische Gemeinden raten ihren Mitgliedern auf das Tragen der Kipp und auf das Sprechen von Hebräisch in der Öffentlichkeit z verzichten, jüdische Veranstaltungen werden abgesagt, jüdische Familien überlegen, das Land zu verlassen. In Berli entfernen Polizisten die Plakate der durch die Hamas verschleppten Israelis aus der Öffentlichkeit, um eben jene neue Öffentlichkeit in Deutschland zu beruhigen. Deutsche Polizisten entfernen Plakate jüdischer Opfer des arabischer Terrors.

Hier Interview zur Situation jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger nach antisemitischen und antiisraelischen Protesten und Vorfällen durch Teile islamischer Communities.

christian.calderone.mdl Drei Tage Brüssel @bruxellesofficiel mit dem CDU - Kreisverband Osnabrück-Land @cdu.lkos: Gute Eindrücke im Haus der Europäischen Geschichte, im Europäischen Parlament @europeanparliament und in der Landesvertretung Niedersachsen bei der EU !

christian.calderone.mdl Der Münsterlandtag 2023 des Heimatbund für das Oldenburger Münsterland findet in diesem Jahr im Wahlkreis 73 Bersenbrück in Damme statt.

Neben der Thematisierung des „Klimawandels als gesellschaftliche Herausforderung" werden Schülerpreise für herausragende schulische Projektleistungen verliehen.

Außerdem besteht Gelegenheit, die Region kennenzulernen.

Ich bin überzeugt, Heimatgefühl wird in der sich wandelnden Gesellschaft immer wichtiger...

Facebook, Instagram & Co.

christian.calderone.mdl Projekte der so genannten Gemeinwesenarbeit in der Samtgemeinde Artland und der Samtgemeinde Bersenbrück standen Mittelpunkt einer Informationsveranstaltung der Samtgemeindeverwaltung Bersenbrück und des Vereines IN VIA Quakenbrück.

In der Kapelle des Christliches Krankenhaus Quakenbrück wurde das Konzept der Dorftreffs in Eggermühlen, Gehrde, Rieste und Bersenbrück sowie der „Neustädter Nachbarschatz" eindrucksvoll vorgestellt.

christian.calderone.mdl
Bukarest

christian.calderone.mdl Besuch im Rumänischen Parlament (Parlamentul Romaniei - Camera Deputatilor) - einem wirklich brutalen Gebäude aus der Zeit des Kommunismus!

Wie gut, dass er überwunden ist.

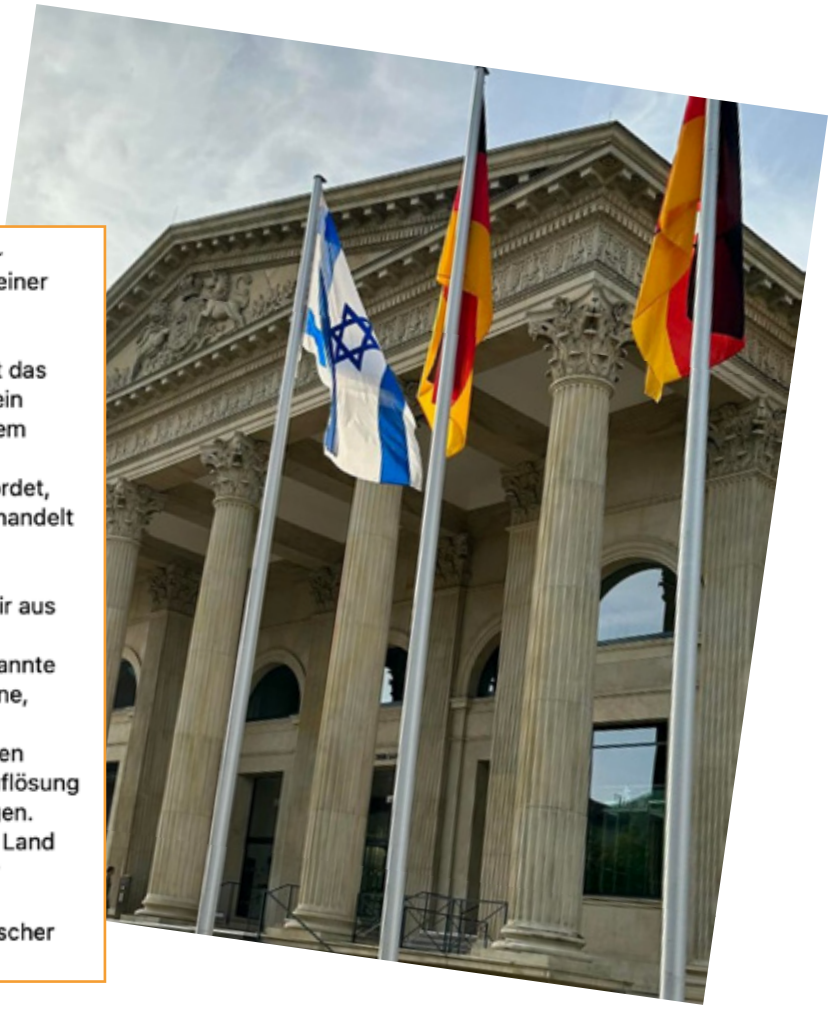
Facebook, Instagram & Co.

christian.calderone.mdl Gespräche in der Deutschen Botschaft in Bucharest und mit dem Vertreter der deutsche Minderheit in Rumänien, Ovidiu Gant, im Parlament der Republik Rumänien.

Insbesondere ging es um die Kürzung der Mittel im Haushaltseinwurf der Bundesregierung für die deutschsprachigen Lehrerinnen und Lehrer im Land, die an deutschen Schulen unterrichten.

Das ist nicht nur schlecht für die deutsche Minderheit in Rumänien, sondern auch für die deutsche Wirtschaft, die sehr gerne mit deutsch sprechenden Bürgerinnen und Bürgern Rumäniens zusammenarbeitet.

Und es es schlecht für das gegenseitige Verständnis in Europa. Nicht ganz unwichtig in dieser Zeit und deshalb gleich mehrfach kurzsichtig.



christian.calderone.mdl Der erste Tag des Oktober-Plenums im Niedersächsischer Landtag begann mit einer Aussprache zur Situation in Israel.

Natürlich stehen wir an der Seite Israels, natürlich ist das Existenzrecht Israels keine Frage, natürlich besteht ein Selbstverteidigungsrecht Israels gegen Terror aus dem arabischen Raum, natürlich fühlen wir mit den vielen unschuldigen Opfern auf israelischer Seite, die ermordet, geköpft, verschleppt, verwundet, vergewaltigt, misshandelt worden.

Viel wichtiger erscheint mir aber, welche Schlüsse wir aus diesem Terror ziehen:
1. Sofortige Einstellung der Zahlungen an die so genannte Palästinenserbehörde und mit ihr verbundener Vereine, Verbände und Institutionen.
2. Ein robustes Vorgehen gegen muslimisch geprägten Antisemitismus in Deutschland und Europa durch Auflösung von Aufmärschen, Strafverfolgung und Abschiebungen.
3. Finanzielle und militärische Unterstützung für das Land Israel, damit es sein Selbstverteidigungsrecht weiter ausüben kann.
4. Verbot islamistischer und antisemitischer muslimischer Verbände in Deutschland.

Facebook, Instagram & Co.

christian.calderone.mdl Verleihung des Kulturpreises Schlesien des Landes Niedersachsen im beeindruckenden National Forum of Music @nfmwro in Breslau.

Zusammen mit Stephan Rauhut @stephanrauhut als Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien @landsmannschaftschlesien durfte ich als Vertreter der CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen @cdu.fraktion.nds der Preisverleihung an drei beeindruckende Kulturschaffende beiwohnen, die sich in besonderer Weise um das kulturelle Erbe Schlesiens, dessen Transformation und der Vereinbarung von deutscher Vergangenheit und polnischer Gegenwart verdient gemacht haben.

Infos hier: https://www.silesia-news.de/2023/06/15/kulturpreis-schlesien-2023/

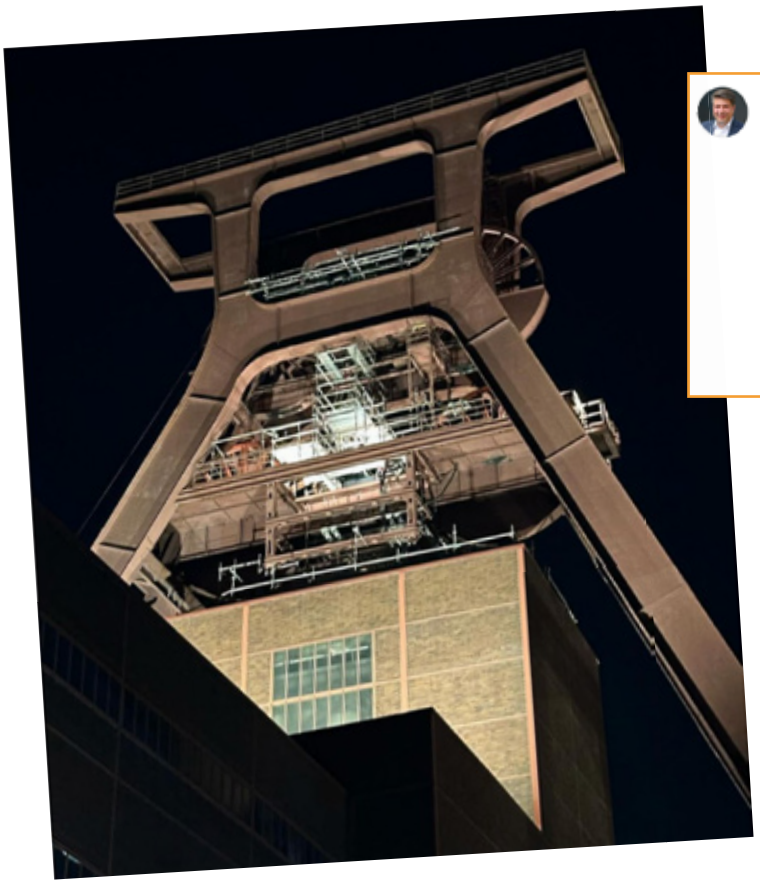
christian.calderone.mdl Der Tag startet heute mit einem Besuch der JVA Bremervörde.

Als einer von bundesweit drei Anstalten wird sie in einer öffentlich-privaten Partnerschaft betrieben.

Private Vertragspartner übernehmen dabei beispielsweise die medizinische Versorgung oder die Küche.

Mit einigen Vorteilen jenseits der Frage von Finanzmittel. So ist beispielsweise die Versorgung mit Anstaltsärzten an diesem Standort kein Problem – anders als in vielen anderen Justizvollzugsanstalt!

Facebook, Instagram & Co.



christian.calderone.mdl Kohle, Stahl und Dampfmaschinen - der Beginn der Industriellen Revolution hat mich schon immer fasziniert.

Um so begeisterter bin ich eingetaucht in den Kohleabbau im Ruhrgebiet, hier in der @zeche_zollverein in @essen_ruh
.

Kohlebergbau unter schwierigsten Arbeitsbedingungen, größtem Maschineneinsatz und einer rasanten Innovationskraft...

christian.calderone.mdl Blüh im Glanze dieses Glückes...

Tag der Deutschen Einheit 2023!

CDU
Fraktion
Niedersachsen

Foto: Christiane Lang

Kontakt:

Christian Calderone MdL
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

post@calderone.de
www.calderone.de

Christian Calderone

christian.calderone.mdl

YouTube Christian Calderone